

Festsitzung des Nationalrates und des Bundesrates

Anlässlich des Nationalfeiertages traten heute im Parlament auch der Nationalrat und der Bundesrat zu einer gemeinsamen Festsitzung (nicht Bundesversammlung!) zusammen, in der Bundespräsident Jonas und Nationalratspräsident Dr. Mäleta sprachen.

Wie immer bei solchen Anlässen war der große Sitzungssaal des Parlaments festlich geschmückt. Die Abgeordneten zum Nationalrat und die Mitglieder des Bundesrates sowie ehemalige Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaften nahmen auf den vorderen Bankreihen Platz, dahinter als weitere Festgäste die Vertreter der Landesregierungen und Landtage, die Präsidenten der Obersten Gerichtshöfe und des Rechnungshofes sowie Vertreter der hohen Beamenschaft.

Die Galerien des Hohen Hauses waren dicht besetzt.

Die Mitglieder der Bundesregierung hatten ihre Plätze auf der Ministerbank inne.

Punkt 10 Uhr betritt Bundespräsident Jonas, von den Präsidien des Nationalrates und des Bundesrates sowie Bundeskanzler und Vizekanzler begleitet, unter den Klängen einer von Mitgliedern des Wiener Trompeterchors vorgetragenen Festfanfare den Sitzungssaal.

Der Präsident des Nationalrates, Dr. Mäleta, geleitet das Staatsoberhaupt zu einem vor dem Halbrund der Abgeordnetenbänke bereitgestellten Fauteuil und begibt sich zur Übernahme des Vorsitzes auf die Präsidentenestrade. Rechts und links von ihm nehmen der Vorsitzende des Bundesrates Dr. Brugger, der Zeite und Dritte Präsident des Nationalrates Dipl.-Ing. Waldbrunner und Wallner, die Vorsitzenden-Stellvertreter des Bundesrates Pörges und Dr. h.c. Eckert sowie Parlamentsdirektor Dr. Rosický Platz.

Präsident Dr. Mäleta eröffnet die Festsitzung und begrüßt respektvoll den Herrn Bundespräsidenten. Ferner begrüßt er den Herrn Bundeskanzler mit den Mitgliedern der Bundesregierung, die ehemaligen Mitglieder des Nationalrates und des Bundesrates, die Vertreter der Landesregierungen und Landtage sowie alle Festgäste.

Die Festversammlung quittiert die Begrüßungen jeweils mit lebhaftem Beifall.

Rede des Nationalratspräsidenten Dr. Maleta
in der Festsitzung des Parlaments

Hohes Haus, meine Damen und Herren ! Es ist bereits zur Tradition geworden, daß anlässlich des österreichischen Nationalfeiertages beide Häuser der Bundesgesetzgebung zu einer gemeinsamen Festsitzung zusammengetreten. In dieser feierlichen Stunde repräsentiert das Parlament nicht nur die Summe der Fraktionen, auch nicht den Gegensatz der Meinungen und Interessen mit seinem Für und Wider in der Argumentation, und es setzt auch keinen Akt staatlicher Willensbildung über ein konkretes, umstrittenes Problem; es symbolisiert vielmehr das übereinstimmende "Ja" des gesamten Volkes zu diesem, seinem Staat und damit zur bleibenden Schicksalsgemeinschaft aller Österreicher! Nicht nur in Schicksalsstunden der Geschichte ist das Parlament Sprachrohr des Volkes, wenn es gilt, klar und deutlich vor aller Welt das zu sagen, was die Österreicher denken, wollen und für sich und ihren Staat als notwendig erachten; gerade am Nationalfeiertag ist es die berufenste Stätte einer Aussage, weil nur in einer Stunde der Besinnung jene innere Distanz zu dem vordergründigen tagespolitischen Geschehen gewonnen werden kann, die hintergründige Entwicklungen erkennen läßt.

Regierung, Parlament und politische Parteien haben während eines Zeitraumes von 22 Jahren, in Übereinstimmung und mit Hilfe der öffentlichen Meinung, tragbare und feste Fundamente für unsere staatliche Existenz gelegt. Bedeutende Ereignisse und Erfolgskennzeichen als Marksteine diesen Weg.

Es ist jedoch nicht meine Absicht, längst und oft Gesagtes zu wiederholen und etwa nochmals die historischen Prozesse zu durchleuchten, die zur inneren Konsolidierung der Zweiten Republik und zum gemeinsamen Staatsbewußtsein aller Bürger dieses Staates führten. Viel wichtiger erscheint es mir, falsche Weichenstellungen rechtzeitig zu erkennen; denn das Leben steht nicht still und birgt in sich alle Möglichkeiten, auch solche, die das bereits Erreichte neuerlich gefährden könnten.

Wenn wir also von möglichen Gefahren sprechen, dann wird vielleicht nicht die geringste jene sein, daß wir angesichts des bescheidenen Wohlstandes, den wir uns erworben haben, und der relativen Sicherheit, deren wir uns erfreuen, in Geistesträgheit versumpfen und politische Realitäten entweder aus Bequemlichkeit nicht sehen wollen oder aus Oberflächlichkeit

in ihrer Bedeutung falsch bewerten; daß wir uns stark fühlen, wo wir schwach sind, und schwach reagieren, wo wir stark sein könnten; und daß wir an "Tabus" festhalten, die längst inhaltsleer geworden sind. Denn vieles von dem, was in der älteren Generation bei politischen Auseinandersetzungen als "heisses Eisen" gilt, regt unsere Jugend überhaupt nicht auf; und vieles von dem, was wir mit Pathos in der Politik verkünden, wird von dieser Jugend als hohle Phraseologie empfunden.

Der positiv^{ste} Charakterzug der heutigen Jugend ist wohl der, daß sie nach sachlicher Aufklärung hungrig ist, selbst wenn es sich dabei um bittere Wahrheiten handeln sollte. Verschweigen wir sie also nicht, weil sie hinter einem Vorhang von Schlagworten verborgen sind. Wir alle hängen Schlagworten an, sowohl die Vertreter wie auch die Kritiker der politischen Parteien; und manche Schichten unseres Volkes klammern sich an hohle Schlagworte lediglich aus Denkbequemlichkeit. Aber Wahrheiten bleiben selbst dann eine politische Realität, wenn man sie nicht "wahr" haben will.

Eine solche bereits halb vergessene Wahrheit ist, daß selbst die besten materiellen Fundamente eines Staates brüchig werden, wenn nicht zwischen dem Staat und seinen Bürgern eine ständige, geistige Beziehung wach und lebendig bleibt. Das Vaterland ist keine Bank mit Ein- und Auszahlungsschaltern, sondern ein emotioneller, ein geistiger und ein historischer Begriff.

Deshalb sollte man endlich aufhören, da und dort auch heute noch den 26. Oktober als Datum für den Nationalfeiertag als zu schwach und bläßlich zu empfinden. Sicher: es gibt manches historische Ereignis, dessen inhalts schweres Geschehen als geeigneter Anknüpfungspunkt für staatspolitische Betrachtungen hätte dienen können; aber das gewählte Datum hat gleichfalls eine starke Symbolkraft für das aufwühlendste Erlebnis unseres Volkes in der Zweiten Republik, war doch der 26. Oktober 1955 der erste Tag der tatsächlichen Freiheit unseres Staates. Erst am Vortag war die 90 Tage-Frist abgelaufen, bis zu der laut Staatsvertrag der letzte fremde Soldat österreichischen Boden zu verlassen hatte. Einheit, Freiheit, Frieden, Existenzsicherheit, das sind die Werte, die Österreich heute besitzt, die es sich durch Mut, Ausdauer, Willenskraft und Optimismus gegenüber einem Gebirgswall voll Schwierigkeiten hart erringen mußte, Schwierigkeiten, im Vergleich zu denen die heutigen lächerlich und klein sind; es sind also Höchstwerte, die wir uns in einer Zeit voll weltpolitischer Spannungen errungen haben, die für viele Völker immer noch fast unerfüllbare Wunschträume und Sehnsuchtsziele sind.

Wahrhaftig, Grund genug, daß wir uns an einem Nationalfeiertag daran erinnern und wenigstens für Stunden unser nationales Laster, die Leugnung unserer eigenen Leistungen, vergessen. Es ist so "typisch österreichisch", daß wir mit diesem oft gebrachten Wortspiel nicht etwa ^{unsere} Leistungen prahlerisch vergrößern, sondern im Gegenteil sie bis zur Bedeutungslosigkeit verkleinern oder gar negieren. Vergleichen Sie unsere Lage mit der Deutschlands, Koreas oder Vietnams; welch ein Jubelfest wäre für diese Völker ein Nationalfeiertag, der ein politisches Ereignis markieren würde, das ihnen das gebracht hätte, was wir errungen haben und besitzen, und was gar nicht sicher war, daß wir es erreichen werden.

Wahrheit in der Politik, die uns vor Gefährdungen in Zukunft schützen soll, darf auch die Tatsache nicht übersehen, daß ein Volk zur Sicherung seiner Existenz noch zwei weitere Dinge bitter nötig hat: es sind dies nationale Selbstachtung und Würde sowie ein wacher Sinn für politische Realitäten.

Hart stoßen sich im Raum gerade diese Dinge; aber aus dem Blickwinkel einer österreichischen Politik dürfen sie nicht als unvereinbar empfunden werden, sondern sie müssen als gleichwertige Elemente für die Beurteilung geplanter und die Bewertung gesetzter oder unterlassener Aktivitäten in Rechnung gestellt werden. Nationale Würde ist nicht gleichbedeutend mit übersteigertem Nationalgefühl, mit Chauvinismus oder nationalem Mystizismus, auch nicht mit Amoklauf und Terrorismus oder ihrer Duldung; aber nationale Würde und Selbstbewußtsein verlangen das Eintreten für das Recht auf Muttersprache, ererbte Kultur und Tradition eines im fremden Staatsverband lebenden Volksteiles, weil sie nach göttlichem und menschlichem Gesetz ein Urrecht aller Völker sind.

Freilich verlangt politischer Realismus, insbesonders seitens eines neutralen Kleinstaates, eine kühle, leidenschaftlose Bewertung der politischen Gegebenheiten, etwa der internationalen Verflochtenheit eines Staates und seines politischen Gewichtes; aber er bedeutet deshalb keineswegs, daß der Schwächere Handlungen setzen müßte, die mit seiner Selbstachtung unvereinbar sind. Politischer Realismus ist überdies für alle Seiten nützlich, denn er ermöglicht das sorgfältige Abwägen der Tauglichkeit oder Untauglichkeit von Aktionen, etwa von politischen oder wirtschaftlichen Pressionen, da nur so nicht vorhergesehene und unerwünschte Folgewirkungen vermieden werden können.

In der Realität von heute sind somit die Integrität eines Staats-

gebietes, das Recht des Staates auf innere Sicherheit und Ordnung einerseits und das Recht auf Eigenleben eines uralte-ansässigen, hochzivilisierten Volkstums andererseits, Grenzmarkierungen und Postulate aus einer echt europäischen Gesinnung und gleichzeitig einer nüchternen Beurteilung der Lage.

Eine andere Wahrheit, die gerade in einer Zeit österreichischer Integrationsbemühungen von höchster Aktualität ist, verlangt von uns, daß die eigentliche Substanz der "immerwährenden Neutralität" Österreichs, die wir am 26. Oktober 1955 einstimmig beschlossen haben, uns jederzeit bewußt ist. Nur sie zeigt uns wie in einem Spiegel den zwar weiten Spielraum für unsere Aktivitäten im Koordinatensystem der europäischen Politik, aber ebenso seine Begrenzung! Diese Substanz hat ein festes, äußeres Gehäuse; es sind dies der Staatsvertrag, der Beschuß der immerwährenden Neutralität, also völkerrechtliche Maximen und Paragraphen. Ihr Kernelement ist jedoch die unbedingte Glaubwürdigkeit unserer klaren Ablehnung einer neutralistischen Gesinnung und eines trotzdem nach allen Seiten zutiefst korrekten außenpolitischen Verhaltens. Und genau diese Fixierung Österreichs als neutraler Staat mit einer freien, westlichen Gesellschaftsordnung deckt sich hunderprozentig mit den Interessen aller Großmächte, einschließlich des - Ostens! Ein Österreich freiheitlicher Gesellschaftsordnung in einem westlichen Bündnissystem oder ein Österreich im Ostblock wäre daher nicht Träger einer eigenständigen Funktion und somit auch keine Karte im internationalen Kräftespiel der Großmächte. In dieser Definition wird sichtbar der archimedische Punkt für unsere Politik, von dem aus Tempo, Ausmaß sowie Zielrichtung und Vorrang unserer Aktivitäten berechnet werden muß. Die Tatsache einer eigenständigen Funktion gibt uns zwar automatisch Möglichkeiten, unsere eigene Auffassung von ihr gleichfalls ins Spiel zu bringen, aber sie entbindet uns nicht der realpolitischen Erkenntnis, daß über den Wert und die Zielrichtung dieser Funktion die Großmächte bei Abschuß des Staatsvertrages bestimmte Vorstellungen hatten und noch heute haben. Diese Vorstellungen sind beeinflußt von den Vorstellungen über die Zukunft Europas, die trotz des Zeitalters der Koexistenz verschieden gesehen und mit verschiedener Zielsetzung zu beeinflussen versucht wird. Österreich darf in diesem Kräftespiel seine Funktion nicht aus unberechtigter Großmannssucht überbewerten, noch braucht es sie aus ebenso unberechtigtem Minderwertigkeitskomplex negieren; es kann jedoch auf Grund seiner geopolitischen Lage und seiner geistigen Haltung, die doch immer eine der Elastizität war, nicht nur sich

selbst offene Kanäle innerhalb eines größeren Integrationsprozesses sichern, sondern auch einen echten Beitrag zur Koordination der Völker mit verschiedenen Gesellschaftsordnungen liefern.

In diesem Zusammenhang sei auf eine weitere unbequeme Wahrheit hingewiesen: Das österreichische Volk, das doch in schweren Stunden seiner jüngsten Geschichte einen so treffsichereren politischen Instinkt bewies, müßte sich deutlicher bewußt sein, daß es vor den Problemen der Außenpolitik nicht die Augen schließen darf, weil die in ihr getroffenen Entscheidungen seine Existenzgrundlage berühren. Freilich offenbart das Aussprechen unbequemer Wahrheiten ein echtes Dilemma der Demokratie, weil jeder demokratische Politiker, im Hinblick auf Wählerstimmungen und Stimmen, die doch für Wiederwahl und Mehrheitsbildung ausschlaggebend sind, sich vorerst gründlich überlegt, das offen auszusprechen, was er abweichend von öffentlicher Meinung innerlich für richtig hält. Und dennoch müssen auch solche Wahrheiten ausgesprochen werden, weil sonst auf die Dauer die Demokratie ihre innere Glaubwürdigkeit verlieren würde. Das Anliegen unserer Zeit ist ^{doch} die Sehnsucht nach dem wahrhaft Menschlichen in Politik, Staat und Gesellschaft. Im Jahre 1945 war für uns alle die Demokratie jene Form, die allein dieses wahrhaft Menschliche ermöglicht und bewahrt. Sie ist es auch heute noch. Aber vergessen wir nicht, daß seit dieser Zeit eine Generation herangewachsen ist, die weder die Schrecken politischer Verfolgung und die Greuel der Konzentrationslager, noch die Schrecken von Bürgerkriegen und eines Weltkrieges aus eigenem Erleben kennt. Gegenüber dieser Generation genügt nicht das Argument, daß selbst eine schlecht funktionierende Demokratie besser sei als ... eine gut geordnete und funktionierende Diktatur. Die jungen Menschen müssen es glaubhaft spüren können, daß Demokratie Menschlichkeit, Toleranz, Fairneß und Respekt vor der Gesinnung und Persönlichkeit des Mitbürgers bedeutet; und daß jede Diktatur mit der Auslöschung dieser allein das Leben lebenswert gestaltenden Prinzipien gleichbedeutend ist. Zur Glaubwürdigkeit aber bedarf es des Mutes zur Wahrheit. In der Kritikfreudigkeit dieser scheinbar ~~respektlosen~~ Jugend von heute verbirgt sich die heimliche Sehnsucht nach echter Autorität. Das Amt allein begründet noch keine innerlich respektierte Autorität, es schafft allerdings die Voraussetzung dafür, daß die Träger des Amtes es aus dem Geiste humanistischen Denkens, patriotischer Gesinnung, demokratischen Verhaltens und des Mutes zur Wahrheit verwalten. Die Demokratie braucht solche Autoritäten, denn sie repräsentieren

sichtbar jene Prinzipien, welche im demokratischen Staat der pluralistischen Gesellschaft als allseits respektierte übergeordnete Werte gleichzeitig seine tragenden Grundpfeiler sind. Aber die Koordination der Teile in einem übergeordneten Ganzen, das Zusammenwirken von persönlichen Autoritäten, die in verschiedenen Hierarchien - nämlich den unterschiedlichen wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Organisationen, Institutionen und Betrieben - gewachsen und von deren politischen Vorstellungswelt geprägt sind, ist ein ideologisch-politischer und ein soziologischer Prozeß, der sich seit 1945 zwar befriedigend entwickelte, aber alltäglich als neue Aufgabe gestellt bleibt. Denn die Demokratie ist nun einmal ein zwar faszinierendes, jedoch schwieriges politisches Konzept in der menschlichen Geschichte, da sie das Schicksal von Staat und Gesellschaft auf Vernunft, Bildung und Toleranz der Staatsbürger begründen möchte. In großer Weise hat schon im Jahre 1812 das Allgemeinebürgerliche Gesetzbuch formuliert: "Jeder Mensch hat angeborene, schon durch die Vernunft einleuchtende Rechte und ist daher als eine Person zu betrachten." Es ist dies ein wahrhaft prophetischer Satz, der allerdings erst fast über ein Jahrhundert später in der demokratischen Entwicklung unseres Staates seine Verwirklichung erfuhr. Aus ihm spricht jener Humanismus, der nicht nur in der österreichischen Geistesgeschichte verwurzelt ist, sondern seit 1945 in allen Programmen der politischen Parteien seinen Niederschlag gefunden hat. Dieser Humanismus ist das verbindende Element, weil er trotz allen Ringens der Parteien um Verstärkung des eigenen Einflusses jene Toleranz ermöglichte, die Voraussetzung eines jeglichen Gespräches ist. Er ist der geistige Vater des ruhigen politischen Klimas in unserem Land, das wir nicht durch eine Radikalisierung der in der Tagespolitik naturgemäß vorhandenen Meinungsverschiedenheiten gefährden sollten. Jener Humanismus, der sich ~~...~~ harmonisch mit dem österreichischen Naturell des Leben und Leben-lasst verbindet und so die österreichische Eigenart prägt, ist in diesem Zusammenklang von Geisteshaltung und Volkscharakter ein wesentlicher Tragpfeiler unseres Patriotismus. Jener Patriotismus ^{aber} hat nichts gemein mit dem verzerrten Bild Österreichs, das uns als ein Volk oberflächlicher Tänzer, Bänkelsänger und Heurigenbesucher zeigt und somit Dinge, die am Rande das Leben zwar liebenswert machen, in den Mittelpunkt rückt und somit vergessen läßt, wie hart, erfolgreich und selbstbewußt der Österreicher arbeitet, kämpft und um eine bessere Zukunft ringt.

Humanismus, Patriotismus und Demokratie sollen also die Grundlagen

des Zusammenlebens in der Republik Österreich auch in der Zukunft sein. Zu diesen gemeinsamen Werten wollen wir uns am heutigen Nationalfeiertag neuerlich bekennen. Möge unserem geliebten Vaterland Österreich und allen seinen Bürgern eine glückliche Zukunft beschieden sein; vergessen wir dabei aber nicht, daß jede Zukunft zum wesentlichen Teil vom eigenen Verhalten abhängt. So übermittelte ich denn diesen Wunsch in Ihrer aller Namen von dieser gemeinsamen Festansprache an unser österreichisches Volk, dem zu dienen wir/uns alle verpflichtet haben. (Starker anhaltender Beifall im Hause und auf den Galerien.)

Auf Ersuchen des Vorsitzenden begibt sich Bundespräsident Jonas auf die Rednertribüne und hält folgende Festansprache:

Rede des Bundespräsidenten Jonas in der
Festsitzung des Parlaments

Herr Präsident des Nationalrates! Herr Vorsitzender des Bundesrates! Hohes Haus!

Heuer feiern wir erstmals einen Nationalfeiertag, der durch eine gesetzliche Dauerlösung aus der Tagespolitik herausgehoben wurde. So ist der 26. Oktober zu einem Feiertag für alle Österreicher geworden.

Der Nationalfeiertag soll jeden unserer Mitbürger erinnern, daß er Mitglied einer Gemeinschaft ist, deren Schicksal von ihm mitbestimmt wird. Sie ist mit ihm in dem festen Willen verbunden, unser Land durch die Gefahren der Zeit zu führen, die Tore für den Fortschritt weit offen zu halten und die Grundlagen der demokratischen Republik für die nachkommende Generation zu sichern. Der Nationalfeiertag soll aber auch zum Ausdruck bringen, daß unser Staat sich den Neuerungen der Zeit nicht verschließen darf und sich im Strom der Entwicklung zu behaupten hat. Er muß sich bei allen auftauchenden Schwierigkeiten und Aufgaben bewähren und immer wieder seine Lebensrechte verteidigen. Unsere Republik kann weder unter einem Glassturz, noch in einem elfenbeinernen Turm konserviert werden. Sie muß die Existenzberechtigung und Lebenskraft täglich beweisen, in einer Welt, die sich ständig verändert und deren Entwicklung ein revolutionäres Tempo angenommen hat.

In der Ersten Republik haben manche Österreicher über die Grenzen geschielt, weil sie an der wirtschaftlichen und politischen Lebensfähigkeit ihres Landes gezweifelt haben. Nach dem zweiten Weltkrieg ist das anders geworden. Die Österreicher haben allen Grund, selbstbewußt zu sein, und so bekennen sie sich in übergroßer Mehrheit uneingeschränkt zur Republik Österreich. Es wäre aber nicht gut, dieses Bekenntnis unnützen und überflüssigen politischen Belastungen auszusetzen. Wir hören manchmal die verdächtige Frage: "Steht die Republik wirklich auf so schwachen Füßen, daß sie das oder jenes nicht aushält?"

Das gebrannte Kind fürchtet das Feuer! Unsere Generation hat die verheerenden Folgen einer gleichgültigen und sorglosen Einstellung zu den Fragen der Demokratie, der Freiheit und des Rechtes zu ertragen gehabt. Sollen diese Lehren der Geschichte unbeachtet bleiben und vergessen sein? Unsere Bundesverfassung und unsere parlamentarische Demokratie sind unbestritten, sind kräftig und gesund. Aber nur, solange wir in den Grundsatzfragen der Demokratie und der Republik eine feste, unbeugsame und konsequente Haltung einnehmen. Es soll nie und nirgends der Eindruck entstehen, als ob es in Österreich erlaubt wäre, die Autorität des Rechtes und der

verfassungsmäßigen Einrichtungen zu ignorieren. Sollte jemals für unsere Verfassung und für die parlamentarische Demokratie eine noch so kleine Gefahr auftauchen, dann dürfen wir sie aus Bequemlichkeit und Interesselosigkeit nicht geringschätzen oder ignorieren, sondern müssen sie bekämpfen! Dann müssen wir etwas tun, was in der Ersten Republik zum Schaden des ganzen Staates zu tun verabsäumt wurde, dann müssen wir den Anfängen wehren, ehe es zu spät ist!

Österreich ruht auf zwei Grundlagen, auf einer wirtschaftlichen und einer moralischen. Die wirtschaftliche Grundlage ist die Lebensfähigkeit unseres Staates und die moralische das uneingeschränkte Bekenntnis unseres Volkes zur demokratischen Republik und zu ihrer Verfassung. In der Demokratie hat das Staatsvolk sein Schicksal in der eigenen Hand, in der kleinen Gemeinde ebenso wie in der Millionenstadt, in den Bundesländern ebenso wie im Bund. Die Demokratie kennt keinen Führer, der von der Vorsehung bestimmt ist. Die Zeit ist vorbei, in der das Volk nur Pflichten, aber keine Rechte kannte. In der Demokratie ist es ~~der~~ freie Bürger, der sich selbstbewußt und verantwortungsbewußt zu seinen Pflichten bekennt und seine Rechte in seinem Interesse und im Interesse der staatlichen Gemeinschaft zu nutzen versteht. Er erfüllt seine Pflichten, um den Fortschritt Österreichs zu sichern, und er übt seine Rechte aus, um die Gemeinschaft unseres Volkes gerecht zu gestalten.

Hüten wir deshalb unsere soziale Ordnung, denn sie ist die Grundlage des sozialen Friedens und der moralischen und physischen Gesundheit unseres Volkes. Hüten wir unsere Verfassung, denn sie garantiert uns den Bestand der Republik und die Freiheiten der Staatsbürger.

In der unruhigen Welt von heute ist der Weg unseres Landes nicht leicht. Die politischen und wirtschaftlichen Interessengegensätze vieler Staaten haben zu einer unsicheren, ja gefährlichen Lage in der Weltpolitik geführt. Die Schwierigkeiten der Entwicklungsländer komplizieren ^{noch} die Weltlage, weshalb es die Vereinten Nationen außerordentlich schwer haben, als höchste Welt-Instanz ihre Aufgabe der Friedenssicherung zu erfüllen. Die Charta der Vereinten Nationen als Dokument der internationalen Verständigung muß das Gewissen der Welt wachhalten. Wenngleich Österreich als kleines Land kein entscheidendes Wort zu sprechen vermag, so soll doch an unserem Nationalfeiertag die Welt unseren Ruf nach Vernunft und Verständigung und nach Frieden hören. Wir wollen nach Kräften die Friedensbestrebungen stärken, mit unseren Nachbarn freundschaftliche Beziehungen pflegen und vor allem unsere Neutralität strenge beachten.

Soweit es sich um die innenpolitischen Probleme Österreichs handelt,

müssen wir leider feststellen, daß sie durch wirtschaftliche Schwierigkeiten belastet sind. Es erleichtert unsere Situation nicht, aber erklärt sie einigermaßen, wenn wir feststellen, daß diese Schwierigkeiten nicht auf unser Land beschränkt, sondern auch anderswo zu spüren sind. Die Bundesregierung und die anderen verantwortlichen Faktoren unseres Landes stehen jetzt vor der gewichtigen Aufgabe, Maßnahmen zu treffen, die die Sicherung der Arbeitsplätze und der Währung ermöglichen und einen neuen Aufschwung unserer Wirtschaft einleiten. Es wird dabei allgemein die Auffassung vertreten, daß gleichzeitig damit die bessere strukturelle Anpassung unserer Wirtschaft an die veränderten technischen und politischen Verhältnisse im internationalen Wirtschaftsleben erreicht werden soll. Nur eines muß bei den bevorstehenden Maßnahmen vermieden werden: Es darf keine unsozialen und ungerechten Begleiterscheinungen geben.

Zu meinem großen Bedauern war es auch in diesem Jahre nicht möglich, in der Südtiroler Frage zu einer Vereinbarung mit Italien zu kommen. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat in den bekannten, einstimmig angenommenen Resolutionen die beiden Staaten aufgefordert, das Problem im Verhandlungswege zu regeln. Da die bereits jahrelang geführten Verhandlungen doch auch in wesentlichen Punkten zu einer Annäherung geführt haben, sollte es nicht schwer sein, die noch verbleibenden Meinungsverschiedenheiten zu bereinigen und sich zu einer gemeinsamen Auffassung durchzuringen. Eine baldige Weiterführung und - wie wir hoffen - erfolgreiche Beendigung der Verhandlungen zwischen Österreich und Italien würde zu einer weitestgehenden Beruhigung diesseits und jenseits des Brenners führen.

Italien und Österreich bekennen sich im Bewußtsein ihrer europäischen Geschichte und Tradition zur Demokratie. In diesem Bewußtsein will Österreich eine Lösung mit demokratischen Mitteln erreichen und das heißt, daß Gewalt und Terror bedingungslos abgelehnt und verurteilt werden. Eine großzügige und dem Geist der internationalen Verständigung entsprechende Regelung der Südtiroler Frage wäre die beste Antwort der Demokratie an den Terrorismus.

So ist das Ziel unserer Bemühungen und Hoffnungen, einen Zustand zu erreichen, in dem unsere Völker und vor allem unsere Jugend sich nicht mehr durch Streitigkeiten entfremden, sondern gemeinsam für die Sicherung von Recht und Freiheit eintreten und sich für die großen Ideale der Humanität begeistern können.

Aus den Erfahrungen der Vergangenheit wissen die Österreicher, wie

wichtig das friedliche und verständnisvolle Zusammenleben mit anderen Völkern ist. Sie sind deshalb weltoffen und aufgeschlossen für die Forderungen der Gegenwart und für die tiefe Friedenssehnsucht der Menschheit. Sie sollen und können sich nicht den weltumspannenden Folgen der technischen Entwicklung und ihrer wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen verschließen. Durch das moderne Verkehrs- und Nachrichtenwesen und durch die internationalen Verflechtungen der Wirtschaft werden sie sich dessen bewußt, daß ihr Schicksal immer mehr mit dem Schicksal der ganzen Welt verbunden ist. Aber sie sollen sich auch immer dessen bewußt bleiben, daß ihre ureigene Heimat hier ist, in diesem Land Österreich mit seiner großen geschichtlichen Vergangenheit, wo nicht nur in den Palästen der Herren, sondern auch in den Hütten der Bauern und Arbeiter österreichische Geschichte gemacht wurde.

An unserem Nationalfeiertag sollen die Alltagssorgen schweigen und sollen Platz machen dem tiefen Gefühl der Freude über den Aufstieg unseres Landes aus Kriegsnot und Unglück. An diesem Tag soll die Gewißheit von der Zusammengehörigkeit und Einigkeit unserer Bundesländer besonderen Ausdruck finden. An diesem Tag soll auch in festlicher Weise bekundet werden, daß es etwas gibt, was uns allen gemeinsam ist und worüber wir nie in Zank und Hader geraten sollen, gleich aus welchem Lager wir kommen: das ist unsere vielgeprüfte Heimat, unsere demokratische Freiheit, und unsere Kinder, die Hoffnung und Zukunft unseres Volkes.

In diesem historischen Saal des österreichischen Parlaments, angesichts der gewählten Vertreter des österreichischen Volkes, grüße ich am heutigen Nationalfeiertag alle unsere Mitbürger in den kleinen und großen Gemeinden, in Stadt und Land. Ich grüße in dieser Stunde aber auch die Auslandsösterreicher, die in vielen Ländern der Erde leben, sich dort eine Existenz aufgebaut haben und dabei ihre alte Heimat Österreich nicht vergessen. Auch sie sollen stolz sein auf ihre Heimat und sie sollen die Gewißheit haben, daß gerade an diesem Tag das österreichische Volk mit ihnen herzlichst verbunden ist.

Ein "Glück auf!" für unsere schöne Heimat! Es lebe die Republik Österreich! (Starker anhaltender Beifall im ganzen Haus und auf beiden Galerien.)

Vorsitzender Dr. M a l e t a dankt dem Bundespräsidenten für die eindrucksvollen Worte, die er an die Festversammlung gerichtet hat.

Der Bundespräsident begibt sich zu seinem Platz zurück. Der Trompeterchor intoniert die Bundeshymne, die von den Anwesenden stehend mitgesungen wird.

Präsident Dr. M a l e t a schließt die erhebende Feier um 10 Uhr 43 Minuten.